

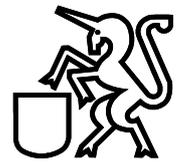


## 4. Sitzung Gemeinderat (2010-2014)

|                        |  |
|------------------------|--|
| Datum, Zeit:           | Montag, 8. November 2010, 19.00 Uhr  |
| Ort:                   | Saal Katholisches Pfarreizentrum Leepünt   |
| Vorsitz:               | Patric Crivelli (SVP), Gemeinderatspräsident   |
| Anwesend:              | 39 Ratsmitglieder  |
| Entschuldigt abwesend: | Gaby Gossweiler (FDP)  |
| Protokoll:             | Marcel Amhof, Gemeinderatssekretär   |
| Stimmzähler:           | Jacqueline Hofer: Bereich SVP<br>Barbara Schori: Bereich Mitte inkl. Bürotisch<br>Benedikt Stockmann: Bereich GEU/glp und SP/Juso/GP |
| Weibeldienst:          | Leopoldo Putorti   |

### Geschäfte

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 3. Sitzung vom 4. Oktober 2010
3. Interpellation Andrea Kennel (SP) „Alters- und Spitexzentrum Dübendorf“ / Beantwortung Geschäft Nr. 1/2010
4. Postulat Thomas Stalder (EVP) und 1 Mitunterzeichner „Weniger Verkehrsanordnungen - mehr Sicherheit und Verantwortung durch ‚Shared Space‘“ / Beantwortung und Entscheid Abschreibung Geschäft Nr. 279/2010
5. Postulat Thomas Maier (GEU) und 16 Mitunterzeichnende „Für einen ökologischen und sparsameren Winterdienst“ / Beantwortung und Entscheid Abschreibung Geschäft Nr. 280/2010
6. Dringliche Interpellation Reto Heeb (CVP) und 13 Mitunterzeichnende „Verkehrsberuhigende Massnahmen, Einführung von Tempo 30“ / Begründung Geschäft Nr. 27/2010
7. Zürcher Planungsgruppe Glattal; Teilrevision Statuten / Genehmigung Geschäft Nr. 10/2010
8. Drei Bürgerrechtsgesuche
- 8.1. Lieth Norbert Martin und Elke Marianne geb. Kutzner, deutsche Staatsangehörige, Ringwiesenstrasse 12a, Dübendorf / Genehmigung Geschäft Nr. 289/2010
- 8.2. Gey Wilfried und Olga geb. Kondraschina, deutsche Staatsangehörige, Kirchbachstrasse 6a, Dübendorf / Genehmigung Geschäft Nr. 17/2010



- 8.3. Walzik Barbara, deutsche Staatsangehörige, Spirackerstrasse 24, Gockhausen / Genehmigung  
Geschäft Nr. 18/2010

## 1. Mitteilungen

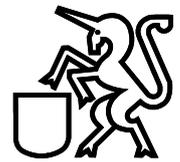
### Mitteilungen des Ratspräsidenten:

- Neue Geschäfte seit der letzten Gemeinderatssitzung
  - Sachgeschäfte:
    - Privater Gestaltungsplan „Giessen“ zur Behandlung durch die KRL
    - Voranschlag 2011 zur Behandlung durch die GRPK
  - Parlamentarische Vorstösse:
    - Dringliche Interpellation Reto Heeb (CVP) und 13 Mitunterzeichnende „Verkehrsberuhigende Massnahmen, Einführung von Tempo 30“
    - Interpellation Reto Heeb (CVP) und 3 Mitunterzeichnende „Standortförderung“
    - Schriftliche Anfrage Hans Baumann (SP) „Städtisches Beschaffungswesen“
  - Der Stadtrat hat folgende parlamentarischen Vorstösse beantwortet:
    - Postulat Thomas Stalder (EVP) und 1 Mitunterzeichner „Weniger Verkehrsanordnungen – mehr Sicherheit und Verantwortung durch ‚Shared Space‘“
    - Postulat Thomas Maier (GEU/glp) und 16 Mitunterzeichnende „Für einen ökologischen und sparsameren Winterdienst“
    - Interpellation Andrea Kennel (SP) „Alters- und Spitexzentrum Dübendorf“
    - Schriftliche Anfragen Andrea Kennel (SP): „Familienergänzende Betreuung“, Stefanie Huber (GEU/glp) „Ausrichtung Umweltbericht“ und Stefanie Huber (GEU/glp) „Konkrete Fragen zum Umweltbericht“
- Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am Montag, 13. Dezember statt. Durch die Verschiebung des ursprünglich geplanten Sitzungstermines bedingt findet die Sitzung im Reformierten Kirchgemeindezentrum ReZ statt.

### Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärung

#### *SP/Juso/GP-Fraktionserklärung von Peter Jann (GP):*

„Das Thema Stadtentwicklung wird Dübendorfer Legislatorschwerpunkt 2010-2014. Endlich, dachten wir und waren begeistert, davon im Glattaler und anderen Zeitungen zu lesen. Ein Grund dem Stadtrat ein Lob auszusprechen. Etwas auf den Boden zurückgeholt wurden wir bei der Durchsicht des konkreten Legislaturprogramms. Weniger wäre wahrscheinlich mehr gewesen; vier Jahre vergehen schnell. Der Leitsatz gibt in der allgemeinen Formulierung die richtige Richtung an. Schon bei den Zielen frage ich mich aber, ob es nicht sinnvoller gewesen wäre, sich etwas enger am Leitsatz zu orientieren. Maximal drei Ziele mit konkreten Massnahmen, die im Zeitraum der Legislatur auch wirklich umgesetzt werden können. Der Massnahmenkatalog ist eine Sammlung von teilweise wenig konkreten Einzelmassnahmen, der Zielbezug ist nicht immer ersichtlich. Inhaltlich könnte der eigentlichen Wohn- und Lebensqualität durchaus mehr und konkreter Raum gegeben werden. Auch soziale Aspekte, zum Beispiel Kinderbetreuung oder der Einbezug der Bevölkerung werden nicht genauer umschrieben. Was besonders störend ist: Es gibt keine Priorisierung der Ziele und Massnahmen; ebenfalls fehlen konkrete Zielgrössen oder Zeithorizonte. Ideale Voraussetzungen um alles oder nichts zu machen, ohne dass man am Ende der Legislatur genau Rechenschaft ablegen muss. Wir hoffen aber, dass es dem Stadtrat mit dem aufgeführten Leitsatz im Hinterkopf trotzdem gelingt, die Wohn- und Lebensqualität und damit auch das Image von Dübendorf in den nächsten vier Jahren nachhaltig zu



verbessern. Der stärkere Einbezug der Bevölkerung, die Aufwertung des zentrumsnahen Glattuferareals und eine sozial verträgliche Bodenpolitik wären dazu gute Möglichkeiten.“

## 2. Protokoll der 3. Sitzung vom 4. Oktober 2010

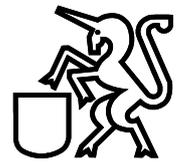
Arthur Gasser (EDU) hat eine Korrektur zu seinem Votum zum Geschäft 2/2010, Unterstützungsbeitrag EHC Dübendorf eingereicht. Der korrigierte Wortlaut lautet: „Er weise darauf hin, dass es üblich ist, dass auch ein bereits gesprochener Kredit für einen Unterstützungsbetrag zum Zeitpunkt der Inanspruchnahme grundsätzlich auch noch schriftlich angefordert bzw. abgerufen werden muss (Auszahlungsgesuch). Zudem sei bezüglich der Höhe des Kredites zu bedenken, dass dieser zum Zeitpunkt der Genehmigung durch den Gemeinderat am 6.1.2003 (Fr. 62'000) zuzüglich des durch den Stadtrat bewilligten Betrages für die Mietkosten der Garderobe (Fr. 12'223.35) Fr. 74'223.35 betrug. Aufgeteuert von Januar 2003 bis September 2010 würde diese Summe heute rund Fr. 79'000 ergeben. Mit Fr. 75'000 wäre die Zuwendung somit real niedriger als im Jahre 2003.“ Das Originalprotokoll wird gemäss diesem Berichtigungsantrag angepasst.

Gegen das Protokoll sind beim Präsidenten des Gemeinderates keine weiteren Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung genehmigt.

## 3. Interpellation Andrea Kennel (SP) „Alters- und Spitexzentrum Dübendorf“ / Beantwortung Geschäft Nr. 1/2010

Stellungnahme Andrea Kennel (SP) zur Antwort des Stadtrates:

„Gerne bedanke ich mich beim Stadtrat für die Beantwortung unserer Fragen. Richtigerweise stellt der Stadtrat Folgendes fest, Zitat: ‚Es ist wichtig, ein Projekt von dieser finanziellen Grössenordnung und Wichtigkeit seriös aufzubereiten‘ Ende Zitat. Nun frage ich Sie aber, ist das, was der Stadtrat bisher mit diesem Geschäft gemacht hat, seriös? Im November 2008 beschliesst der Stadtrat die Sistierung und Neuüberarbeitung des Projektes. Im Frühling 2009 werden der Baukommission noch eine Projektaufsicht und eine Projektsteuerung zur Seite gestellt. Im Herbst 2009 verlangt der Stadtrat, dass er über ein überarbeitetes Betriebskonzept bestimmen kann. Gegen Ende 2009 steht endlich das Betriebskonzept, das vom Stadtrat aber nicht genehmigt wird. Im Frühling 2010 zeigt sich dank einer Bestätigung durch den Bezirksrat, dass der Stadtrat eigentlich zum Betriebskonzept nichts zu sagen hat. Im September 2010 verlangt die Projektaufsicht Nachbesserungen beim Raumprogramm. Das ist kurz die chronologische Zusammenfassung, die der Stadtrat in der Antwort beschreibt. Wieso stellt der Stadtrat der Baukommission eine Projektaufsicht und eine Projektsteuerung zur Seite? So müssen sich mehrere Gremien um dasselbe Geschäft kümmern. Solche Situationen können dazu führen, dass sich die Gremien gegenseitig behindern und ein Projekt stehen bleibt. Leider ist das hier klar der Fall. Offensichtlich vertraut der Stadtrat der Baukommission nicht, obwohl die Baukommission vom Stadtrat bestimmt und auch schon umbesetzt wurde. Ich glaube dem Stadtrat geht es hier nicht um eine seriöse Bearbeitung eines wichtigen Geschäftes, sondern um gegenseitiges Misstrauen. Könnte der Stadtrat besser zusammenarbeiten, bräuchte es keine Projektaufsicht, die Nachbesserungen zum Raumprogramm verlangt. Es gibt mir wirklich zu denken, dass bei einem Geschäft, das seit zwei Jahren beim Stadtrat ist, immer noch über das Raumprogramm gestritten wird. Das darf doch nicht sein, dass ein so wichtiges Projekt einfach nicht voran geht, nur weil der Stadtrat nicht fähig ist, kooperativ zusammen zu arbeiten. Leider erwähnt der Stadtrat in der Beantwortung seine Zerstrittenheit nur zwischen den Zeilen. So sieht er offensichtlich nicht ein, dass Fehler gemacht wurden. Doch nur wenn Fehler eingesehen werden, können diese korrigiert werden. Nur wenn diese



systematischen Fehler in der Projektorganisation gelöst sind, kann das Projekt endlich angepackt werden, was langsam aber sicher wichtig wird, wenn wir im Altersheim wirklich etwas bauen wollen. Mein Vertrauen in den Stadtrat hat die letzten Jahre nachgelassen. Obwohl der Stadtrat bürgerlich zusammengesetzt ist und nach den letzten Wahlen die CVP und FDP die beiden linken Parteien im Stadtrat sind, scheint sich dieser nicht einig zu sein und nicht zusammen arbeiten zu können. Das zeigt sich leider im vorliegenden Geschäft und in vielen Konzepten, die versprochen wurden aber noch nicht vorliegen. Zurück zur Planung des Alters- und Spitexzentrums. Hier geht es darum, dass zuhause einer Volksabstimmung eine Vorlage erarbeitet wird. Dabei hat eben nicht der Stadtrat, sondern das Volk das letzte Wort. Daher schlage ich vor, dass sich hier der Stadtrat endlich zurücknimmt und die Baukommission nicht mehr behindert, sondern unterstützt. Wenn es nicht anders geht, dann soll der Stadtrat eben sich ganz zurücknehmen und die Baukommission arbeiten lassen. Sollte der Stadtrat der Baukommission dies nicht zutrauen, so liegt es in seiner Macht, diese nach seinem Gusto zusammen zu setzen. Danach aber sollte die Baukommission speditiv arbeiten dürfen. So kann die Planung endlich voranschreiten. Es gibt viele Dübendorferinnen und Dübendorfer die langsam die Geduld verlieren und am Willen der Politiker zweifeln, im Alters- und Spitexzentrum genügend Plätze für unsere Betagten bereitzustellen. Auch die Spitex, welche ihr Angebot gemäss den Vorgaben des Kantons angepasst und ausgebaut hat, benötigt dringend mehr Raum. Die SP/Juso/GP-Fraktion erwartet vom bürgerlichen Stadtrat, dass er endlich vorwärts macht, denn es ist wichtig, ein Projekt von dieser finanziellen Grössenordnung und Wichtigkeit nicht nur seriös, sondern auch speditiv aufzubereiten.“

## Diskussion:

*Thomas Maier (GEU/glp):*

„Die GEU/glp-Fraktion ist mit der Antwort des Stadtrates überhaupt nicht zufrieden. Der Stadtrat schreibt korrekt von ‚einem Projekt in dieser Grössenordnung‘. Andrea Kennel hat einen Teil zu diesem Punkt aus der Antwort zitiert, ich möchte den Punkt ganz zitieren: ‚Ein genauer Zeitpunkt [wann die Vorlage vor das Volk kommt] kann heute noch nicht festgelegt werden. Es ist wichtig, ein Projekt von dieser finanziellen Grössenordnung und Wichtigkeit seriös aufzubereiten, damit es ausgewogen und breit abgestützt ist, wenn es den politischen Entscheidungsträgern vorgelegt wird.‘ Wir haben im Gemeinderat, zum Teil zähneknirschend, einen Planungskredit bewilligt. Ich bin fast geneigt zu sagen: vor langer, langer Zeit. Da stellen sich nach all den bereits gestellten Fragen und den eher kurzen Antworten vor allem folgende Fragen: Wie sieht es mit der konkreten Leistung des Projektes aktuell aus? Oder andersherum gefragt mit Bezug auf den Leistungsauftrag: Wie viele Betten bekommen wir denn jetzt? Wie viele Betten brauchen wir denn wirklich respektive müssen wir anbieten? Und im Anschluss daran: Was wird uns das am Ende des Tages kosten? Unserer Meinung nach wäre es einfach gewesen, diese Interpellation zum Anlass zu nehmen, die dringendsten Fragen zu beantworten und Transparenz zu schaffen. Schade, dass dies nicht passiert ist. Ich fürchte einfach, dass das Ziel einer breiten Abstützung immer mehr in weite Ferne rückt.“

Keine weiteren Wortmeldungen, das Geschäft Nr. 1/2010 ist somit abschliessend behandelt.



#### 4. Postulat Thomas Stalder (EVP) und 1 Mitunterzeichner „Weniger Verkehrsanordnungen - mehr Sicherheit und Verantwortung durch ‚Shared Space‘“ / Beantwortung und Entscheid Abschreibung Geschäft Nr. 279/2010

##### Stellungnahme Matthias Maag (EVP) zur Antwort des Stadtrates:

„Schon bei der Eingabe unseres Postulates war es uns bewusst, dass es schwierig sein wird, diese noch relativ unbekannte Möglichkeit des sinnvollen Nebeneinanders im Strassenverkehr in Dübendorf umzusetzen. Obwohl das Postulat nur knapp überwiesen wurde, zeigt es sich doch, dass in Dübendorf nun endlich mit einem vernünftigen und von allen Seiten tragfähigen Gesamtverkehrskonzept vorwärts gemacht werden muss. Die Postulanten danken dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung und sind erfreut, dass im neuen Verkehrskonzept geprüft werden soll, ob sich durch die Umsetzung dieses Konzepts die Verkehrssituation verbessern lässt. In diesem Sinne bitten wir den Gemeinderat, dem Antrag des Stadtrates zuzustimmen und das Postulat abzuschreiben, dies aber mit der unmissverständlichen Aufforderung: ‚Lasst den vielen Worten um eine Verkehrskonzept in Dübendorf endlich Taten folgen.‘“

##### Diskussion:

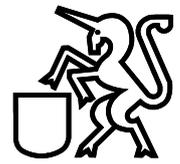
###### *Peter Jann (GP):*

„Wir danken zunächst den Postulanten für den wertvollen Vorstoss. Ein Vorstoss, der vielleicht längst fällige Aktivitäten seitens der Stadt zur Entschärfung der bestehenden Verkehrsprobleme in Dübendorf beiträgt. Die Antwort des Stadtrates zum Postulat Shared Space, vor allem die Erarbeitung einer Gesamtstrategie als Führungsinstrument weckt deshalb Hoffnungen. Die Hoffnung, dass es der Stadtrat nicht bei einer Strategie belässt, sondern dass er den Mut und den Durchsetzungswillen hat bei der konkreten Umsetzung endlich den Fussgängern und dem nicht-motorisierten Verkehr im Sinne eines familienfreundlichen und attraktiven Dübendorfs zukünftig die notwendige Priorität zukommen lässt. Zur Antwort des Stadtrates haben wir noch Fragen: Erste Frage zum Abschnitt Erwägungen/Einleitung: Die Zielsetzung sei es, das Gesamtverkehrskonzept bis Ende 2010 zu erarbeiten und das Teilkonzept Motorisierte Individualverkehr wird als dringliche Massnahme bezeichnet. Welche konkreten Massnahmen für das Teilkonzept Motorisierte Individualverkehr können vor Ende 2010 erwartet werden? Zweite Frage: Der Verkehrsausschuss hat verschiedene Aufgaben, darunter die Aufgabe 3: Dringliche Massnahmen im Teilprojekt Abwicklung Motorisierter Individualverkehr. Welches sind die unter Punkt drei aufgeführten Organisationen, welche im Anhörungsverfahren beziehungsweise im Mitberichtsverfahren einbezogen werden, und wie wird die nichtorganisierte Bevölkerung in die Erarbeitung eines Gesamtverkehrskonzeptes einbezogen? Dritte Frage zum Antrag Punkt 3: Es fehlt die Antwort zum Bahnhof Süd. Wann nimmt der Stadtrat im Sinne der Postulanten eine rasche Prüfung zur Situation am Standort Bahnhof Süd vor? Auf die eingangs erwähnte Hoffnung allein möchte sich die SP/Juso/GP-Fraktion nicht verlassen. Bevor das Gesamtverkehrskonzept nicht vorliegt, diese offenen Fragen geklärt und konkrete Massnahmen vorgeschlagen sind, ist das Postulat aufrechtzuerhalten.“

##### Abstimmung:

|                                   |            |
|-----------------------------------|------------|
| Für Abschreibung des Postulates   | 25 Stimmen |
| Gegen Abschreibung des Postulates | 13 Stimmen |

In Anwendung von Art. 49, Ziff. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates ist das vorliegende Postulat Geschäft Nr. 279/2010 somit abschliessend behandelt.



## 5. Postulat Thomas Maier (GEU) und 16 Mitunterzeichnende „Für einen ökologischen und sparsameren Winterdienst“ / Beantwortung und Entscheid Abschreibung Geschäft Nr. 280/2010

### Stellungnahme Thomas Maier (GEU/glp):

„Unsere politischen Prozesse und Abläufe bringen es mit sich, dass wir beispielsweise mitten im Winter über die Ozonproblematik und mitten im Sommer über zum Beispiel reduzierten Winterdienst auf unseren Strassen sprechen. Heute zumindest hilft das Wetter mit seiner Abkühlung kräftig mit, sich den Gegenstand dieses Postulates richtig gut vorstellen zu können. Als ich dieses Postulat im Winter dieses Jahres eingereicht habe, ging es mir vor allem um die Frage, wie in Dübendorf auf unseren Quartierstrassen, Trottoirs, Geh- und Naturwegen mit einem reduzierten Winterdienst diverse bestehende Missstände behoben, Salz und Kosten gespart und damit der Umwelt etwas Gutes getan werden könnten. Schön wäre natürlich gewesen, wenn wir bereits auf den Winter 2010/11 nach der Überweisung des Postulates durch den Gemeinderat mindestens Teile dieser Idee schon umsetzen könnten. Keine Angst – ich bin schon so lange in der Politik, dass mir bewusst ist, dass dies nicht so schnell geht. Nun zur Beantwortung meines Postulates durch den Stadtrat. Ich habe die Antwort des Stadtrates heute bereits zum dritten Mal gelesen und möchte dem Stadtrat ausdrücklich ein grosses Kompliment für die Antwort aussprechen. Die Stadt hat sich ernsthaft mit dem Thema auseinandergesetzt, nimmt das Anliegen ernst und sucht Wege und Möglichkeiten einer Umsetzung des Zieles eines reduzierten Winterdienstes in der Stadt Dübendorf. Natürlich sind im Detail noch Fragen offen, respektive regen an zu Widerspruch oder einer Diskussion. Dies begrüsse ich aber ausdrücklich. So schreibt der Stadtrat in seiner Antwort unter anderem: ‚In der Umsetzung eines reduzierten Winterdienstes ist zu prüfen und abzuwägen, wie die Haftungsfrage in der Praxis beurteilt und gewichtet wird.‘ Im Klartext lese ich hier heraus, dass der Stadtrat die Haftungsfrage nicht als abgeschlossen und erledigt betrachtet. Bei der Überweisung habe ich ja ausgeführt, dass die Postulanten die Haftungsfrage nicht gelten lassen, kann doch mit einer Signalisation die Information sichergestellt werden. Zudem waren offenbar die Haftungsfragen aus aktuellem Anlass kein Thema mehr, obwohl ja wegen Salzangel weder Quartiere geräumt werden und auch prekäre Bereiche zu wenig gesalzen werden konnten und dies bisher auch nicht durch eine Information vor Ort sichergestellt wurde. Zudem war der Mangel auch darauf zurückzuführen, dass die öffentliche Hand zu früh und zuviel Salz eingesetzt hatte, welches dann fehlte, als der Winter richtig ausbrach. Weiter erwähnt der Stadtrat in seiner Antwort, dass ‚auf den Naturstrassen, Flur- und Wanderwegen usw. bereits seit Jahren ein reduzierter Winterdienst umgesetzt ist.‘ Aus eigener Erfahrung muss ich dem mit den bereits bei der Überweisung des Postulates erwähnten Beispielen deutlich widersprechen. Dies ist definitiv wünschenswert, ja, aber genauso definitiv nicht der Fall aktuell. Im Folgenden freut natürlich die Aussage des Stadtrates: ‚Der Stadtrat kann sich jedoch vorstellen, den Winterdienst nach Möglichkeit und in Abwägung der rechtlichen Voraussetzungen weiter zu reduzieren. Dabei wird zu prüfen und abzuwägen sein, wie die Haftungsfrage beurteilt und gewichtet werden muss.‘ Im Folgenden lernen wir viel über die verschiedenen Salztechniken: Auftausalz/Trockensalzung, Feuchtsalz-Streutechnik und Sole. Ich möchte dem Stadtrat für diese Auflistung und Erklärung ausdrücklich danken. So wissen wir in Zukunft haargenau von welchen Möglichkeiten wir überhaupt sprechen. Neben der Haftungsfrage, die weiterer Abklärungen bedarf, ist der entscheidende Teil natürlich im Teil der Wirtschaftlichkeitsberechnung zu suchen. Dort schreibt der Stadtrat, dass sich ‚die Investitionen (ohne Berücksichtigung von Abschreibungen und Zinsen) aufgrund der geschätzten jährlichen Einsparungen frühestens in 60 Jahren amortisieren würden.‘ Auf der einen Seite ist es natürlich auch von uns gewünscht, dass sich die Stadt in allen Bereichen ganz konkret Gedanken über die Wirtschaftlichkeit macht und dies hier bereits auflistet. Wie der Stadtrat später zu Recht bemerkt, fehlen aber in der dieser Zusammenstellung vor allem auf der Kosteneinsparungsseite diverse Punkte. So schreibt er, dass ‚mögliche geringere Unterhaltskosten bei den Strassen aufgrund des reduzierten Winterdienstes in diese Wirtschaftlichkeitsrechnung nicht einbezogen wurden, da sie nicht einfach kalkulierbar sind. Hierfür sind weitere



Berechnungen und Abklärungen notwendig.' Was fehlt ist zum Beispiel eine Bezifferung des grossen Schadens für die Umwelt (Wiesen, Felder, Wälder und Gärten) oder die Kosten für die Schäden an Autos, Velos oder Schuhen. Vielleicht lassen sich am Ende auch gewisse Personalkosten im Strassenbereich einsparen respektive Personal für andere Dinge einsetzen. Und auf der Seite der Investitionen stellt sich die Frage, ob sich dies verändert, wenn der Bauhof saniert ist. Mindestens der Teil mit der überdeckten und geheizten Halle wäre dann eventuell gelöst und müsste nicht hier alleine eingerechnet werden – da diese ja auch für andere Bedürfnisse eingesetzt werden kann. Zum Thema Sole hält der Stadtrat fest, dass für ihn aus rein ökologischen Überlegungen eine schrittweise Einführung von Sole vorstellbar sei. Zum heutigen Zeitpunkt seien jedoch die bestehenden Räumlichkeiten des heutigen Bauhofes für die Errichtung der notwendigen Infrastruktur für die Sole-Lagerung und -Anrichtung ungenügend. Abschliessend lässt sich aus Sicht der Postulanten festhalten, dass der Stadtrat offenbar die Zielsetzung des Postulates teilt. Vor allem in Bezug auf die Haftungsfrage und Umstellung auf Sole sind vertiefte Abklärungen notwendig. Ich danke dem Stadtrat für die ausführliche Antwort und auch den Antrag, das Postulat aufrecht zu erhalten, um die offenen Fragen zu klären, resp. die Umsetzung des Anliegens so rasch wie es halt geht, voranzutreiben. Abschliessend möchte ich a) meiner Hoffnung Ausdruck verleihen, dass 2010/11 ein schneereicher Winter wird, wo wir in Dübendorf bereits erste Resultate eines – sagen wir mal: vorsichtigen – Salzeinsatzes erleben dürfen und b) Sie bitten der Aufrechterhaltung im Sinne des vorher Erwähnten zu unterstützen.“

#### Abstimmung:

|                                   |            |
|-----------------------------------|------------|
| Für Abschreibung des Postulates   | 13 Stimmen |
| Gegen Abschreibung des Postulates | 25 Stimmen |

In Anwendung von Art. 49, Ziff. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates wird das vorliegende Postulat Geschäft Nr. 280/2010 somit auf die Pendenzenliste gesetzt.

#### **6. Dringliche Interpellation Reto Heeb (CVP) und 13 Mitunterzeichnende „Verkehrsberuhigende Massnahmen, Einführung von Tempo 30“ / Begründung Geschäft Nr. 27/2010**

##### Begründung Reto Heeb (CVP):

„In einer Dringlichen Interpellation der CVP Dübendorf mit 13 Mitunterzeichnenden wurde der Stadtrat aufgefordert, im neu zu erarbeitenden Verkehrskonzept die Einführung von Tempo 30 wieder aufzunehmen. Die Reaktionen auf diese Forderungen liessen nicht auf sich warten. Die Meinungen waren von ‚Seid ihr verrückt!‘ bis zu ‚Wie kann man euch helfen, damit Tempo 30 in Dübendorf eingeführt wird‘ für und wie erwartet äusserst unterschiedlich. In der Dringlichen Interpellation wird erwähnt, dass an einer Urnenabstimmung vom 8. Februar 2004 die Vorlage zur Einführung von Tempo 30 mit 58 Prozent bereits einmal abgelehnt wurde. Zentrales Argument gegen die Vorlage war damals nicht die eigentliche Einführung von Tempo 30, sondern die damit verbundenen Kosten. Die Ziele einer flächendeckenden Einführung von Tempo 30 auf siedlungsorientierten Strassen und die damit verbundene Aufwertung von Wohnzonen und die Erhöhung der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer liegen uns mehr denn je sehr am Herzen. Besonders unsere Familien und deren Kinder als schwächste Verkehrsteilnehmer profitieren durch die Einführung von Tempo 30. In einer Publikation der BFU-Beratungsstelle für Unfallverhütung wurden die Vorteile von Tempo 30 kurz und prägnant zusammengefasst: ‚Tempo 30 erhöht die Sicherheit und Wohnqualität in Quartieren. Die tiefere Geschwindigkeit führt zu ruhigerem Fahrverhalten, reduziert Abgas- und Lärmemissionen und vermindert den Durchgangsverkehr. Die Anzahl und Schwere von Unfällen nimmt ab. Die Wege für Schulkinder sind weniger gefährlich und die langsameren Verkehrsteilnehmenden fühlen sich sicherer. Und trotzdem



verlieren die Fahrzeuglenkenden kaum Zeit.' Ebenfalls kann den Statistiken der BFU entnommen werden, dass die Schwere von Verletzungen bei Verkehrsunfällen drastisch abnimmt. Von zehn angefahrenen Fussgängern überleben bei einer Geschwindigkeit von 50 km/h drei, bei einer Geschwindigkeit von 30 km/h sind es neun Fussgänger. Die Forderung der Interpellanten, ein flächendeckendes Verkehrskonzept für Tempo 30 zu erarbeiten, und nicht nur punktuelle verkehrsberuhigende Massnahmen in der Aussenwacht Hermikon und der Buenstrasse zu realisieren, wird ebenfalls durch die Empfehlungen des BFU unterstützt. Die folgenden Punkte sprechen für eine flächendeckende Einführung von Tempo 30 auf siedlungsorientierten Strassen: Die Anliegen aller Anwohner werden in gleicher Weise erfüllt; die geltende Höchstgeschwindigkeit ist am Erscheinungsbild der Strasse erkennbar; das Vorgehen ist kostengünstig und erspart viele Einzelverfahren; die Geschwindigkeit wird auch ohne weitreichende bauliche Massnahmen besser eingehalten. Mit Freude und Genugtuung konnten die CVP und die Interpellanten den Medien und den Legislaturzielen des Stadtrates entnommen werden, dass der Stadtrat die Wichtigkeit eines Verkehrskonzeptes mit dem Augenmerk auf den individuellen motorisierten Verkehr erkannt und in Angriff genommen hat. So ergibt sich die perfekte Gelegenheit, die flächendeckende Einführung von Tempo 30 nicht wie das letzte Mal isoliert anzugehen, sondern in einem Verkehrskonzept. Der CVP Dübendorf ist es wichtig, dass Änderungsprozesse in der Bevölkerung schon frühzeitig verankert und sie möglichst frühzeitig in die Diskussion miteinbezogen wird. Als Anstoss dazu wird die CVP Dübendorf in den nächsten Wochen in einer nicht repräsentativen Umfrage die Meinung der Bevölkerung zur Einführung von Tempo 30 in siedlungsorientierten Strassen sondieren. Wir sind überzeugt, dass es auch für Dübendorf eine ausgewogene, kostenoptimierte und dadurch finanzierbare Lösung für die Einführung von Tempo 30 gibt, die von einer Mehrheit der Bevölkerung getragen wird, und die zu einem familienfreundlichen und attraktiven Dübendorf beiträgt.“

Das Geschäft Nr. 27/2010 ist somit zur Beantwortung dem Stadtrat überwiesen.

## **7. Zürcher Planungsgruppe Glattal; Teilrevision Statuten / Genehmigung Geschäft Nr. 10/2010**

Referent GRPK Daniel Brühwiler (GEU/glp):

Die Ursache für die Teilrevision der Statuten der Zürcher Planungsgruppe Glattal, welche ein Zweckverband ist, sei die neue Kantonsverfassung. Zweckverbände müssen gemäss dieser neuen Kantonsverfassung der Bevölkerung mehr demokratische Rechte einräumen. Er wolle in seinem Votum einige Angaben zur ZPG machen; erklären, weshalb die Statutenrevision notwendig ist sowie den Antrag der GRPK erläutern. Die Aufgabe der ZPG sei die Regionalplanung, welche im kantonalen Planungs- und Baugesetz verankert ist. Die ZPG nehme auch Stellung zu Planungen anderer Körperschaften und berate die Mitgliedsgemeinden bei überkommunalen Planungsfragen. Zudem übernehme sie auf Antrag von Mitgliedsgemeinden weitere Planungsaufgaben. Die ZPG habe zurzeit 13 Mitgliedsgemeinden und es sei ein Zweckverband mit einer Delegiertenversammlung. Der Sitz des Zweckverbandes befinde sich in Dübendorf. Der Jahresumsatz betrage rund 400'000 Franken und werde nach einem bestimmten Schlüssel auf die Mitgliedsgemeinden aufgeteilt. Die ZPG sei Mitglied im Dachverband Regionalplanung Zürich und Umgebung RZU. Die GRPK der Stadt Dübendorf sei zudem auch die RPK der ZPG. Die ZPG habe ihre Statuten bereits im Jahr 2005 bereits ziemlich grundlegend geändert und dabei das Initiativ- und Referendumsrecht eingeführt. Diese Demokratisierung genüge den Anforderungen der neuen Kantonsverfassung von 2006 an die Zweckverbände aber nicht. Deshalb werde in den neuen Statuten das Initiativrecht ausgeweitet, insbesondere auf Statutenänderungen. Zudem sei das fakultative Referendum auf Beschlüsse der Delegiertenversammlung mit gewissen Ausnahmen ausgeweitet worden. Ein zweiter Grund für die Teilrevision der Statuten ist ein Antrag der Gemeinde Greifensee zur Aufnahme in die ZPG als 14. Gemeinde. In der



Statutenrevision werde dies ebenfalls aufgegriffen und damit auch eine Erhöhung der Anzahl der Delegierten von 13 auf 14. Die GRPK unterstützte den Antrag des Stadtrates einstimmig und beantragte dem Gemeinderat, der Teilrevision der Statuten zuzustimmen.

## Stellungnahme Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP):

Ergänzend zu den Ausführungen von Daniel Brühwiler erläutere er den Grund für den Beitritt der Gemeinde Greifensee zum Zweckverband. Bisher sei Greifensee Mitglied der Planungsgruppe Zürcher Oberland gewesen. Man habe aber festgestellt, dass die Gemeinde zum Beispiel bei Verkehrsproblemen eher dem Glattal zugehörig. Es sei deshalb sinnvoll, zusammen mit der Genehmigung der neuen Statuten auch die Gemeinde Greifensee in die ZPG aufzunehmen.

## Abstimmung:

|  |            |
|--|------------|
| Für die Teilrevision der Statuten der Zürcher Planungsgruppe Glattal   | 38 Stimmen |
| Gegen die Teilrevision der Statuten der Zürcher Planungsgruppe Glattal | 0 Stimmen  |

## Beschluss:

1. Der Revision der Verbandsstatuten der Zürcher Planungsgruppe Glattal ZPG, gemäss Beschluss der Delegiertenversammlung vom 23. Juni 2010, wird – gestützt auf Art. 29 der Gemeindeordnung – zugestimmt.
2. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

## **8. Drei Bürgerrechtsgesuche**

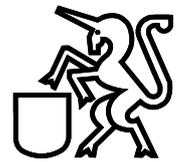
Die Bürgerrechtskommission (BRK) hat die vorliegenden Anträge geprüft. Alle Gesuche wurden durch die BRK einstimmig zur Annahme empfohlen. Deshalb wird auf Referate von Seiten der BRK verzichtet. Der Gemeinderat fasst, gestützt auf Art. 29, Ziff. 4.12 der Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf vom 5. Juni 2005 die nachfolgenden Beschlüsse.

### **8.1 Lieth Norbert Martin und Elke Marianne geb. Kutzner, deutsche Staatsangehörige, Ringwiesenstrasse 12a, Dübendorf / Genehmigung Geschäft Nr. 289/2010**

|                        |   |
|------------------------|---|
| Einbürgerungsgebühr:   | Fr. 1900.--                             |
| Antrag BRK:            | Annahme (3 Ja zu 0 Nein)                |
| Diskussion:            | keine (Referent BRK: Bruno Eggenberger) |
| Für Antrag SR / BRK:   | 26 Stimmen                              |
| Gegen Antrag SR / BRK: | 1 Stimme                                |

## Beschluss:

1. Lieth Norbert Martin, deutscher Staatsangehöriger, geboren am 13. Januar 1955 in Wuppertal (Deutschland), verheiratet, Autor, wohnhaft Ringwiesenstrasse 12a, Dübendorf, und seine Ehefrau Lieth geb. Kutzner Elke Marianne, deutsche Staatsangehörige, geboren am 27. Mai 1957 in Solkau (Deutschland), Mitarbeiterin, werden gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'900 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.



3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

## **8.2 Gey Wilfried und Olga geb. Kondraschina, deutsche Staatsangehörige, Kirchbachstrasse 6a, Dübendorf / Genehmigung Geschäft Nr. 17/2010**

|                        |  |
|------------------------|--|
| Einbürgerungsgebühr:   | Fr. 1900.--                            |
| Antrag BRK:            | Annahme (3 Ja zu 0 Nein)               |
| Diskussion:            | keine (Referent BRK: Patrick Schnider) |
| Für Antrag SR / BRK:   | 29 Stimmen                             |
| Gegen Antrag SR / BRK: | 1 Stimme                               |

### Beschluss:

1. Gey Wilfried Steffen, deutscher Staatsangehöriger, geboren am 19. September 1962 in Döbeln (Deutschland), verheiratet, Projektleiter, wohnhaft Kirchbachstrasse 6a, 8600 Dübendorf und seine Ehefrau Gey geb. Kondraschina Olga, deutsche Staatsangehörige, geboren am 14. März 1962 in Krasnojarsk (Russland), verheiratet, Chemikerin, wohnhaft Kirchbachstrasse 6a, 8600 Dübendorf, werden gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'900 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

## **8.3 Walzik Barbara, deutsche Staatsangehörige, Spirackerstrasse 24, Gockhausen / Genehmigung Geschäft Nr. 18/2010**

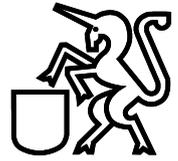
|                        |                           |
|------------------------|---------------------------|
| Einbürgerungsgebühr:   | Fr. 1450.--               |
| Antrag BRK:            | Annahme (3 Ja zu 0 Nein)  |
| Diskussion:            | keine (Bruno Eggenberger) |
| Für Antrag SR / BRK:   | 26 Stimmen                |
| Gegen Antrag SR / BRK: | 1 Stimme                  |

### Beschluss:

1. Walzik Barbara, deutsche Staatsangehörige, geboren am 26. Juni 1972 in Augsburg (Deutschland), ledig, Mittelschullehrerin, wohnhaft Spirackerstrasse 24, 8044 Gockhausen, wird gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

### Einwände gegen die Verhandlungsführung:

Es werden keine Einwände gegen die Verhandlungsführung vorgebracht.



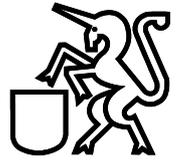
---

Schluss der Sitzung: 19.50 Uhr

---

**Für die Richtigkeit**

Marcel Amhof  
Gemeinderatssekretär



**Eingesehen und für richtig befunden**

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Patric Crivelli  
Gemeinderatspräsident

Barbara Schori  
Stimmzählerin

Benedikt Stockmann  
Stimmzähler

Jacqueline Hofer  
Stimmzählerin